



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin **DI Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 1. Oktober 2015

Anfrage

an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Milchautomaten**

In der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2013 brachte ich bereits den Antrag ein, dass die zuständigen Stellen des Magistrats prüfen sollen, an welchen Orten den AufstellerInnen von Milchautomaten kostenlose Plätze zur Verfügung gestellt werden können, wie dies mit einer Kampagne bei Bauern aus der Region bekannt gemacht werden kann und ob eine Förderung der AufstellerInnen in Erwägung gezogen werden könnte. In der Beantwortung vom 8. April 2014 wurde mir seitens des Straßenamts mitgeteilt, dass falls sich jemand bereit erklären würde, Milchautomaten auf öffentlichem Gut aufstellen zu wollen, das Straßenamt diese im Rahmen seiner Möglichkeiten genehmigen würde. Vonseiten der Abteilung für Wirtschaft und Tourismusentwicklung wurde geantwortet, dass bereits nach einem passenden Standort gesucht werde und es sogar schon einen potentiellen Betreiber gebe.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich deshalb Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Was wurde seither unternommen, um InteressentInnen für Milchautomaten zu gewinnen? Ab wann und an welchen Standorten kann man mit dem Aufstellen von Milchautomaten rechnen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Manfred Eber**

Donnerstag, 1. Oktober 2015

Anfrage

Betrifft: **Ballsporthalle Hüttenbrennergasse**

Im Frühjahr 2016 soll planmäßig der Bau für die Ballsporthalle in der Hüttenbrennergasse starten, im Herbst 2017 soll der Bau abgeschlossen sein.

Nicht nur im Gemeinderat wurde vor der Beschlussfassung ausführlich darüber debattiert, um optimale Rahmenbedingungen für BenutzerInnen, BesucherInnen und auch AnrainerInnen zu schaffen.

Der Bezirksrat Jakomini hat nun in einer erweiterten Sitzung seine Wünsche und Forderungen noch einmal zusammengefasst:

- „Die zuständigen Stellen der Stadt werden um Berücksichtigung und Umsetzung folgender Anliegen ersucht:
- durchgehende Aufrechterhaltung des Spiel- und Sportbetriebes im Schönauviertel (Wackerplatz, Bereich VS Schönau, Kirchnerkaserne etc.);
- dauerhafte Sicherstellung ausreichender Sportflächen für die Jugendlichen in der Schönausiedlung;
- Sicherstellung ausreichender KFZ-Stellplätze, sowohl im Normalbetrieb der geplanten Sporthalle als auch bei Großveranstaltungen (obligatorische Kombi-Tickets für Eintritt und ÖV-Nutzung, Tiefgarage, gemeinsames Parkraum-Management mit anderen Groß-Veranstaltern in diesem Bereich Messe/ Stadion;
- *Anmietung großer dzt. ungenutzter Flächen in der Umgebung bei Großveranstaltungen für Parkraum
- Erstellung eines Verkehrskonzeptes für das Schönauviertel (unter Berücksichtigung der relevanten Belastungen) wie Fertigstellung des Liebenauer Südgürtels, Bahnunterführung Fröhlichgasse, Sperre der Schönaugasse im Bereich Ostbahn, etc.“

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende:

Anfrage:

Welche Maßnahmen werden Sie treffen, damit diese vom Bezirksrat aufgelisteten Anliegen der Bezirksbevölkerung beim Bau der Ballsporthalle Hüttenbrennergasse Berücksichtigung finden?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Gemeinderatsitzung am 1. Oktober 2015

Anfrage

an Herrn Bürgermeister **Mag. Siegfried Nagl**

Betrifft: Errichtung eines FußgängerInnenübergangs in der Elisabethstraße auf Höhe der Strassoldogasse in Richtung Leonhardgürtel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Verkehrsaufkommen in der Elisabethstraße ist sehr groß. Deshalb wäre es für die FußgängerInnen sehr wünschenswert, einen FußgängerInnenübergang von der Strassoldogasse kommend zur Überquerung der Elisabethstraße in Richtung Leonhardgürtel zu ermöglichen. Einerseits würde diese Maßnahme zur Verbesserung der Erreichbarkeit der verschiedenen Institute der Karl-Franzens-Universität Graz für die Studierenden beitragen und andererseits wäre sie z.B. aber auch für die KundInnen der „Energie Steiermark“ wichtig.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren und prüfen zu lassen, ob die Errichtung eines FußgängerInnenüberganges in der Elisabethstraße auf Höhe der Strassoldogasse in Richtung Leonhardgürtel möglich ist?

Betreff: Beispiel Stadtteilversammlung Gösting / Aufbau
eines kontrollierenden Korrektivs



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 1. Oktober 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für den 16. September 2015 wurde in Form einer „amtlichen Mitteilung“ über das Präsidialamt der Stadt Graz von Bezirksvorsteher Martin Winkelbauer im Namen des Bezirksrates Gösting zu einer Stadtteilversammlung betreffend „Verlängerung der 30er Beschränkung“ in der Thalstraße eingeladen. „Wir werden mit einer Unterschriftenaktion versuchen, den Landesrat zu überzeugen, dass hier endlich eine Lösung getroffen werden muss“, heißt es in der Einladung.

Soweit, so gut und nicht außergewöhnlich: Es gibt ja immer wieder Unterschriftenaktionen, um zuständigen Stadtsenatsmitgliedern, zuständigen Landesregierungsmitgliedern oder zuständigen BundesministerInnen Forderungen bzw. Wünsche zu unterbreiten. Also sollte man annehmen dürfen, dass im konkreten Fall wohl der „zuständige“ Landesrat Leichtfried überzeugt werden soll, auf die Tempobremse zu steigen. Was allerdings interpretativ ist, denn in dieser „amtlichen Mitteilung“ wird ja nicht einmal der Adressat namentlich genannt, sondern es ist nur von „der Landesrat“ die Rede. Was an sich schon etwas seltsam ist

Absolut schlecht und außergewöhnlich an dieser amtlichen Mitteilung der Stadt Graz ist jedoch, dass im konkreten Fall für die Tempo-30-Regelung gar nicht das Land zuständig ist, sondern die Stadt Graz. Das heißt: Per amtlicher Mitteilung wird über das Präsidialamt AnrainerInnen mehr oder weniger indirekt fälschlicherweise suggeriert, ein Landesrat wäre für die Tempobremse zuständig.

Was wird die Folge dieser nicht besonders klugen Aktion sein? All jene, die an dieser Unterschriftenaktion teilnehmen, werden vom Land die Info bekommen, leider falsche Adresse, bitte mit der Stadt reden – und werden sich zurecht von der Stadt getäuscht und hinters Licht geführt fühlen.

Jetzt gehe ich nicht davon aus, dass hier absichtlich ein ÖVP-Bezirksvorsteher einen SPÖ-Landesrat in die sprichwörtliche Pfanne hauen wollte – ich nehme an, da ist etwas dumm gelaufen und schlampig recherchiert worden. Aber, dieses Beispiel sollte uns Warnung sein: Denn ähnliches, mit

falschen „Adressaten“ für Forderungen, kann sich wohl jederzeit und überall wiederholen und könnte sich auch zu einem bösen politischen Spielchen ausweiten, andere ein wenig anzupatzen.

In diesem Sinne wäre es daher sehr empfehlenswert, alle Initiativen, die – sofern sie als amtliche Mitteilungen formell von der Stadt Graz getragen werden - im Vorfeld auf ihre formale Richtigkeit überprüfen zu lassen, etwa über das Verfassungsreferat der Stadt.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob Sie bereit sind, gemäß Motivenbericht zu veranlassen, dass in Zukunft amtliche Mitteilungen der Stadt Graz, die über Initiativen wie jene des Bezirkrates Gösting informieren, im Vorfeld durch das Präsidialamt/Verfassungsreferat auf ihre formale Richtigkeit hin überprüft werden?

Betreff: Zukunft der Grazer Sportstätten /
Einbindung des Beteiligungs- und des
Sportausschusses



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Mag. Gerald Haßler
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 1. Oktober 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Einem Medienbericht zufolge hat Holding-Vorstandsdirektor Wolfgang Malik einen 10.000 Euro-Auftrag vergeben, um erheben zu lassen, welchen Bedarf und welche Wünsche Grazer Sportvereine betreffend Sportstätten haben, um auf Basis dieser Erhebung ein Gesamtkonzept für die Grazer Sportstätten ausarbeiten zu lassen.

Nun sind Initiativen, die sich mit wesentlichen Zukunftsfragen beschäftigen, selbstverständlich grundsätzlich als positiv zu betrachten – allerdings stellt sich im konkreten Fall die Frage, wie der Holding-Vorstandsdirektor dazu kommt, derart inhaltlich-strategische Fragen aufzugreifen.

Wenn es darum geht, mit der Grazer Vereinsszene in Kontakt zu sein und herauszufiltern, was die Grazer Sportvereine in Sachen Sportstätten benötigen bzw. wünschen und künftige Konzeptionen auszuarbeiten, darf darauf verwiesen werden, dass die Stadt Graz einen Sportstadtrat hat und dass die Stadt Graz über ein ausgezeichnetes Sportamt mit einem echten ‚Profi‘ als Amtsleiter verfügt – für solche wesentlichen Weichenstellungen sind wohl diese zuständig. Zudem wäre es wohl auch angebracht, in solchen essentiellen Fragen auch den Beteiligungs- und Sportausschuss einzubinden. Dass zudem gar nicht alle Sportanlagen, auch wenn sie im Eigentum der Stadt sind, im Verantwortungsbereich der Holding liegen, ist nur noch das Tüpfelchen auf dem i und sorgt für Verwunderung ob der Initiative des Holding-Vorstandes.

Namens des SPÖ-Gemeinderats stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind zu veranlassen, dass in Zukunft bei Initiativen in derart gestalterischen und inhaltlich-strategischen Fragen im Vorfeld die zuständigen Gemeinderatsausschüsse einzubeziehen sind, auf jeden Fall aber informiert werden müssen?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **1. Oktober 2015** von Gemeinderat Ing. Roland Lohr

Sehr geehrter Herr
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, am 01.10.2015

Betreff: Eduroam für städtische WLAN-Hotspots
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Eduroam, Abkürzung für „Education Roaming“, ist ein weltweites WLAN-Service der wissenschaftlichen Gemeinde. Studenten, Wissenschaftler und Bedienstete erhalten mit ihren persönlichen Zugangsdaten Internetzugang an anderen teilnehmenden Institutionen. Österreich ist eines von 74 teilnehmenden Ländern, und nahezu alle Universitäten und Fachhochschulen bieten diese Leistung an - praktisch für Gäste, die ohne Zusatzinformationen ihre Geräte, wie beispielsweise Handys und Laptops, sofort bei ihrer Ankunft per WLAN mit dem Internet verbinden können.

Im Juli 2015 hat in Wien ein Testbetrieb zur Nutzung von Teilen der „Public WLAN Infrastruktur“ für Eduroam begonnen. Die ACOnet (Ansprechpartner für Eduroam in Österreich) hat zusammen mit der Wiener MA33 erste Standorte entlang der Donauinsel in Betrieb genommen, und in weiterer Folge soll die Innenstadt erschlossen werden. In Schweden wurden beispielsweise schon Flughäfen angebunden.

Graz ist eine Studentenstadt mit einer großen Anzahl Studierender sowie auch internationalen Gästen aus dem akademischen Bereich. Hier wäre die Aufschaltung dieses Zugangssystem auf die vorhandene städtische WLAN-Infrastruktur ein gutes Service. Die Kosten würden sich in Grenzen halten, da Einbindung dieser Struktur rein softwaremäßig geschieht. Betraut mit der Betreuung der vorhandenen WLAN-Hotspots in Graz ist die „Citycom“ – ein Unternehmen der Holding Graz.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16 der GO für den Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen der Holding Graz in Kontakt zu treten, um – nach Wiener Vorbild – einen Eduroam-Zugang bei den städtischen WLAN-Hotspots anzubieten?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **1. Oktober 2015** von Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher

Sehr geehrter Herr
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, am 01.10.2015

Betreff: Fernwärmesituation und -sicherheit der Stadt Graz
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Juli des vergangenen Jahres habe ich an Sie eine Anfrage zur Fernwärmesicherheit in Graz gestellt. Diese ist bis heute nicht beantwortet.

Im Jänner 2015 haben Sie eine Pressekonferenz gegeben, bei welcher Sie beteuert haben, dass die Fernwärme gesichert bis zum Jahre 2020 sei. Beim Energiegespräch sind aber ganz andere Informationen zu hören gewesen. Der anwesende Vertreter der Verbund hat klar geäußert, dass der Vertrag – so wie er sich jetzt gestaltet – 2020 sicher nicht verlängert werden wird. Jetzt ist das Schiedsgerichtsurteil ergangen, welches feststellt, dass der Verbund nicht verpflichtet ist, das Wärme-Gas-Kraftwerk Mellach in Betrieb halten zu müssen. Darüber hinaus gibt es ein aktuelles Gutachten, das besagt, dass der Betrieb der neuen Gaskessel in der Puchstraße eine enorme Luftverschmutzung mit sich bringen wird - und das mitten im Grazer Stadtgebiet.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16 der GO für den Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Haben Sie diesem Thema als Bürgermeister die notwendige Wichtigkeit gegeben und sich entsprechend eingebracht, um zu gewährleisten, dass die Grazerinnen und Grazer als Bezieher der Fernwärme eine langfristige Kostensicherheit haben und nicht die Millionenverluste der Energie Steiermark zu zahlen haben werden?